

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Chaos-Strategie

Seit über drei Monaten lässt sich die EU-Kommission von der neuen griechischen Regierung am Nasenring durch die Arena führen. Mit einem aparten Mix von leeren Versprechungen, Ankündigungen, Provokationen, Drohungen und Nötigungsversuchen haben Tsipras und Varoufakis dafür gesorgt, dass in Brüssel keine Langeweile aufkommt. Immer wieder wird die Vorlage von Konzepten und Listen vereinbart, die sich dann allerdings als leeres Stroh erweisen. Hinter den Kulissen wird darüber diskutiert, ob die ständigen Brückierungen der europäischen Partner durch die Athener Regierungseleven auf deren Unprofessionalität und ideologische Verblendung zurückzuführen sind oder aber auf dreistes Kalkül. Fast alles spricht mittlerweile für die zweite Alternative: Offenbar ist die neue Links-Rechts-Koalition davon überzeugt, dass ihre permanenten Unverschämtheiten und Wortbrüche am Ende des Tages ohne Sanktionen bleiben werden. Dazu hat vorrangig Jean-Claude Juncker beigetragen, der ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone immer wieder apodiktisch ablehnt und so die vom deutschen Finanzminister aufgebaute Drohkulisse zum Potemkinschen Dorf abgewertet hat. Aber auch die Bundeskanzlerin hat mehrfach eine erstaunlich milde Kompromissbereitschaft erkennen lassen. So hat sie Hellas kürzlich ausdrücklich „eine flexible Umsetzung von Sparvorgaben“ zugestimmt, was immer das bedeuten mag. Frau Merkel ist längst zur argumentativen Gefangenen ihrer These „Scheitert der Euro, scheidet Europa“ geworden.

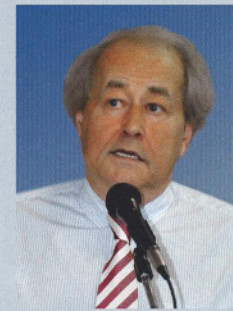
## Absurde Welt

Die angeblich zur Deflationsbekämpfung notwendige Nullzinspolitik der EZB kostet die deutschen Privathaushalte allein zwischen 2010 und 2015 rund 190 Mrd. EUR an entgangenen Zinsereinkünften. Diese faktische Entwertung unterhöhlt – in Verbindung mit den ertragsschwachen Renten- und Kapitallebensversicherungen – für immer mehr Menschen das Fundament ihrer Altersversorgung. Zu den Profiteuren dieser beispiellosen Zinspolitik gehören die Schuldner, die – im Vergleich zu „normalen“ Zeiten – 78 Mrd. weniger Zinsen für ihre Kredite zahlen müssen. Derzeit liegen noch keine gesicherten Zahlen für die entsprechenden Einsparungen bei Ländern, Kommunen und Unternehmen vor. Die Entlastungen bei den Zinszahlungen im Bundeshaushalt bis 2030 schätzt das Kieler Institut für Weltwirtschaft auf 160 Mrd. EUR. So entsteht eine volkswirtschaftlich absurde Welt, die Konsumverzicht bestraft und Verschuldung belohnt.

## Das Deflations-Gespenst

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnt vor „unliebsamen wirtschaftlichen, juristischen und politischen Folgen“ der Niedrigzinspolitik. Ende Februar wiesen weltweit Staatsanleihen im Wert von 2,4 Billionen Dollar negative Renditen aus. Davon entfielen Wertpapiere im Wert von 1,9 Billionen Dollar auf den Euroraum. Die Risiken dieser Entwicklung sind nach Einschätzung vieler Ökonomen schlicht unakzeptabel und damit äußerst brennend. Die BIZ sieht offenbar die Gefahr eines Währungskrieges,

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

bei dem immer mehr Länder durch Lockerungen ihrer Geldpolitik eine exportfördernde Abwertung ihrer Währungen anstreben. Dagegen halten die Baseler Banker die von der EZB instrumentalisierte Furcht vor negativen wirtschaftlichen Folgen einer Deflation für übertrieben.

## „Billiges Geld“

Das im März angelaufene, (mindestens) 1,1 Billionen EUR schwere QE-Programm der EZB zur Belebung der Wirtschaft im Euroraum und zur Anhebung der Inflation auf rund 2% ist (zunächst) bis September 2016 begrenzt. Ifo-Chef Sinn hat ermittelt, dass – bei einer unterstellten Preisstabilität in Südeuropa und einer französischen Geldentwertung von 1% – die Preise in Deutschland um jährlich etwa 4% und die in der übrigen Eurozone um 2% zulegen müssten, um das von der EZB erklärte Inflationsziel zu erreichen. Das alles müsste allerdings rund 10 Jahre durchgehalten werden, bis die Eurozone im von der EU angestrebten Gleichgewicht sei. Sinn weiter: „Das deutsche Preisniveau wäre dann etwa 50% höher als heute, und die Sparbücher wären um ein Drittel leichter.“ Wahrscheinlicher sei allerdings: „Vor allem aber steht zu befürchten, dass die Südländer, statt bei den Preisen auf der Stelle zu treten, ihre Austeritätspolitik aufgeben und die Wirtschaft durch

immer mehr Staatsverschuldung anheizen. Dann wäre für die Wettbewerbsfähigkeit nichts gewonnen und der Euroraum würde nach einem anfänglichen Strohfeuer in die Dauerkrise zurückkehren.“

## Maastricht-Fiktionen

Obwohl die Bundesregierung für 2014 einen Haushaltsüberschuss von 18 Mrd. gemeldet hat, erhöhte sich der Schuldenstand des Bundes gegenüber dem Vorjahr um 2 Mrd. auf 2,168 Billionen Euro. Zwar sank die Schuldenquote dank eines soliden Wirtschaftswachstums um 2,4% auf 74,7%. Der Anstieg der Staatsschulden ist nach Angaben der Bundesbank darauf zurückzuführen, dass der gemeldete Überschuss nicht zum Schuldenabbau genutzt worden ist, sondern in den Euro-Rettungsfonds EFSF geflossen ist. Der deutsche Schuldenstand hat sich seit 2010 durch Euro-Rettungsmaßnahmen um insgesamt 91 Mrd. erhöht. Die Stützung der Banken im eigenen Land schlug seit 2008 mit 236 Mrd. zu Buche. Das Bundesfinanzministerium hat der Hoffnung Ausdruck verliehen, ab 2023 wieder die Maastrichter Obergrenze einhalten zu können. Aber: Einer neuen Allensbach Umfrage zufolge glauben derzeit nur 56% der Deutschen, dass der Euro in 10 Jahren überhaupt noch existiert.